



Berlin, 20. September 2017

## Positionspapier zum Umgang mit der AfD

Seit ihrer Gründung 1949, kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, stehen die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) für Weltoffenheit und Vielfalt in einer Gesellschaft, damit sich die Erfahrungen, die die Gründungsgeneration als Jugendliche und junge Erwachsene, zum Teil auch als Soldaten machen mussten, nicht wiederholen. Über die Zeit sind weitere Ziele hinzugekommen, die uns für eine freie und offene Gesellschaft in Frieden unerlässlich erscheinen. Dies vermitteln wir in Workcamps, Freiwilligendiensten, Seminaren und Bildungsveranstaltungen.

Anlässlich der bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen und der Wahlergebnisse der „Alternative für Deutschland“ (AfD) bei den zurückliegenden Landtagswahlen möchten wir unsere Position zu den Standpunkten und Forderungen dieser rechtspopulistischen Partei klarstellen. Aus dieser Position leiten wir Grundsätze zum Umgang mit der AfD ab.

Die AfD greift in ihrem Wahlprogramm die Forderung ihres Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag auf, „[d]ie aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus [...] zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst“.<sup>1</sup>

Eine „Verengung der Erinnerungskultur“ können wir nicht feststellen. In Deutschland wird sowohl an den Schulen und Hochschulen als auch in der Öffentlichkeit an historische Epochen und Ereignisse erinnert. Dabei werden nicht nur die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die ihrer politischen Vorgängerformen auf dem Gebiet der heutigen Bundesländer und früherer Epochen berücksichtigt und gefördert. Dies ist in Lehrplänen festgehalten, spiegelt sich in einer breiten historischen und archäologischen Forschung wider und stellt sich in vielfältiger Weise in den Medien, öffentlichen Diskussionen und auch im öffentlichen Raum dar. Hierbei ist z.B. auf den Schutz, die Pflege, Erhaltung und Rekonstruktion historischer Gebäude, Bauwerke und anderer Denkmale, die vielfältige Museumslandschaft und große Zahl an Behörden mit entsprechenden Aufgaben hinzuweisen.

Gerade im Jahr des Reformationsjubiläums, einem zweifellos nicht dem Nationalsozialismus zuzurechnenden historischen Zeitraum, scheint es uns vielmehr angebracht, zeitgemäße Formen des Erinnerns an die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und sachlich angemessene Formen des Umgangs mit den in den 72 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewonnenen und gewachsenen Erkenntnissen zu diskutieren. Hier ist nicht nur für den Geschichtsunterricht an den Schulen eine Umgestaltung notwendig, wenn weder in der Familie noch in der Öffentlichkeit Zeitzeugen von den Verbrechen berichten können, die nicht von einer gesichtslosen Ideologie, sondern von Personen mit nationalistischen, rassistischen, antisemitischen, homophoben und anderen Formen gruppenbezogen menschenfeindlicher Einstellungen begangen wurden.

„Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“

(„Those who cannot remember the past are condemned to repeat it.“

George Santayana (1905): The Life of Reason, Band 1, Reason in Common Sense)

<sup>1</sup> Wahlprogramm, S. 48.

## Ökologisches Lernen

Die AfD leugnet den Einfluss des Menschen auf die zu beobachtende globale Erwärmung<sup>2</sup> und lehnt daher die derzeitige Klimapolitik, die u.a. eine Förderung moderner/regenerativer Energiegewinnung vorsieht, ab.<sup>3</sup> Anstelle von Belegen für diesen Widerspruch zu zahlreichen anerkannten wissenschaftlichen Studien wird im Wahlprogramm ein ebenfalls nicht begründetes Bedrohungsszenario gezeichnet, in dem die Energiewende Probleme verursachen würde, die pauschal „naturgesetzlich, technisch und wirtschaftlich“<sup>4</sup> bezeichnet werden.

Die Wechselwirkungen zwischen dem menschlichen, also auch unserem eigenen Handeln und der natürlichen Umwelt sind erfahrbar und wissenschaftlich nachgewiesen. Wir möchten daher Diskussionen über die Beziehung zwischen Mensch und Natur anregen und Möglichkeiten schaffen, eine ökologische und nachhaltige Alltagsgestaltung positiv zu erleben. Im Programm der AfD sehen wir weder Anknüpfungspunkte für unsere Lerninhalte noch Alternativen zu aktuellen Bestrebungen eines mit Blick auf zukünftige Generationen verantwortungsbewussten Umgangs mit der Natur und Umwelt.

## Selbstorganisation

Die Altersgruppe der 16- bis 27-Jährigen ist kein Gegenstand der Politik der AfD. Jugendpolitische Themen können wir weder im Partei- noch im Wahlprogramm erkennen. Im Wahlprogramm werden Jugendliche und junge Erwachsene in folgenden Kontexten erwähnt: die Feststellung einer hohen Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa (S. 19), die Forderung nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts und der Strafmündigkeit ab 12 Jahren (S. 32), die Forderung nach einer frühen Familiengründung zur Erhöhung der Geburtenzahl für den „Erhalt [...] unseres Staatsvolks“ (S. 49-50), Maßnahmen zur Familienförderung unter dem Stichwort „Willkommenskultur für Kinder“ (S. 52-53), eine Überforderung und Verletzung des Schamgefühls durch die Darstellung von Homo- und Transsexualität im Schulunterricht (S. 54), die Bedrohung der „Zukunftschancen [...] und somit auch [der] Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft“ (S. 57), finanzielle Überforderung durch den demografischen Wandel (S. 76). Junge Männer in Afrika stellen für die AfD eine Bedrohung dar. (S. 37) Wiebke Muhsal, AfD-Abgeordnete im Thüringer Landtag, bezeichnete am 9. Dezember 2016 die Renten-, Finanz-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Asylpolitik als Jugendpolitik der AfD.

Die AfD bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen keine Gestaltungs- und Schutzräume, in denen sie eigenverantwortliches Handeln in der Gesellschaft lernen können. Sie zwingt sie in vermeintlich traditionelle Rollen- und Familienbilder, enthält ihnen die Erfahrung des selbstverständlichen Miteinanders von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Lernwegen vor und instrumentalisiert sie als wirtschaftliches Kapital. Sie sieht die Jugend als passiv und spricht ihnen die Fähigkeit zu Differenzierung und zu Entscheidungen über ihren Lebensweg ab. All das entspricht nicht der Erfahrung und Lebenswirklichkeit insbesondere junger Menschen.

## Freiwilligkeit

Die Thüringer AfD forderte schon 2015 die Wiedereinführung der Wehrpflicht als „Dienst an der Gemeinschaft und [für die] Identifizierung mit dem eigenen Gemeinwesen.“<sup>5</sup> In ihrem Grundsatz- und in ihrem Wahlprogramm greift die Partei diese Forderung auf.<sup>6</sup> Die Möglichkeit zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen soll im Ausnahmefall eingeräumt werden und dafür ein Pflichtdienst abzuleisten sein.<sup>7</sup>

Bis zur Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht 2011 konnten sich anerkannte Kriegsdienstverweigerer das Ableisten eines Jugendfreiwilligendienstes als Wehersatzdienst anerkennen lassen. Dies widerspricht dem Grundsatz der Freiwilligkeit als Grundlage des Lernens und der Orientierung in den Freiwilligendiensten, sowohl bei der Arbeit in der Einsatzstelle als auch in den Begleitseminaren, indem der dafür notwendige Freiraum verwehrt wird. Der mit der Pflichterfüllung einhergehende Zwang schränkt das Ausprobieren und somit die Möglichkeiten ein, das Wirken des eigenen Handelns zu erfahren und sich auf neue Erfahrungen einzulassen.

<sup>2</sup> Grundsatzprogramm, S. 79; Wahlprogramm, S. 87.

<sup>3</sup> Grundsatzprogramm, S. 86; Wahlprogramm, S. 95.

<sup>4</sup> Wahlprogramm, S. 87.

<sup>5</sup> <http://afd-thl.de/2015/06/30/ja-zur-wehrpflicht-ja-zum-dienst-an-der-gemeinschaft/>

<sup>6</sup> Grundsatzprogramm, S. 32; Wahlprogramm, S. 27.

<sup>7</sup> Grundsatzprogramm S. 32.

## Soziales Lernen

Die AfD gibt an, eine Ökonomisierung der Bildung bzw. des Bildungswesens verhindern zu wollen. Gleichzeitig richtet sie zentrale Forderungen ihrer Bildungspolitik an der Anschlussfähigkeit zu Berufsausbildung bzw. Studium und an Qualitäts- und Effizienzkriterien zum Wohle der Wirtschaft aus. In Zeiten sich immer schneller erneuernden, als gesichert geltenden Wissens beschränkt sie Bildungsziele auf die Vermittlung von Fachwissen im lehrerzentrierten Frontalunterricht weitgehend homogener Klassen.<sup>8</sup>

Inklusion nennt die AfD „ideologisch motiviert“ und lehnt damit das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichem Lerntempo, unterschiedlichen individuellen Lernvoraussetzungen, -wegen und -zielen zugunsten der Trennung und Ausgrenzung im dreigliedrigen Schulsystem sowie in Förder- und Sonderschulen ab.<sup>9</sup> Solche Lernszenarien sind uns fremd. Soziales Miteinander und die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse und Meinungen sind für uns Voraussetzungen für Lernerfahrungen, die das Hinterfragen und Überwinden von Vorurteilen ermöglichen sowie die Kooperations- und Konfliktfähigkeiten fördern. Diese und andere soziale und emotionale Kompetenzen sind für die Teilhabe an der Gesellschaft unverzichtbar.

## Interkulturelles Lernen – Vielfalt als Normalität

Die AfD behauptet in ihrem Programm, Deutschland sei „aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung [...] kein klassisches Einwanderungsland.“<sup>10</sup> Nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland ist dies unzutreffend. Die zentrale Lage in Europa hat zu allen Zeiten eine Zu- und Abwanderung ermöglicht. Historisch – auch wenn man sich auf die noch nicht einmal 27-jährige Geschichte der BRD in ihrer heutigen Form beschränkt – ist ein positiver Wanderungssaldo festzustellen. Betrachtet man frühere Epochen, lässt sich auch hier eine regelmäßige Zuwanderung aus den unterschiedlichsten Gründen feststellen – sei es aufgrund von Einladungen, infolge von Krieg und Vertreibung, auf der Suche nach Arbeit, aus Interesse an der Sprache oder wissenschaftlichem Austausch und vielen weiteren Gründen. Die Bevölkerung ist aufgrund dieser seit Jahrtausenden bestehenden Migration und historischer Ereignisse, die Menschen einem bestimmten Staat zuordneten, vielfältig. Dies spiegelt sich in Sprache, Bräuchen, Traditionen, der Religionszugehörigkeit und in den Biografien der hier lebenden Menschen wieder.

Kulturelle Vielfalt ist für uns eine historisch begründete Tatsache, keine Ideologie, die eine „ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“<sup>11</sup> darstellt. Kultur verstehen wir nicht als feststehende Eigenschaft der Bevölkerung eines Landes. Ebenso wenig kann es nach unserem Verständnis eine „kulturelle Einheit“ geben, da wir davon ausgehen, dass jeder Mensch mehreren Kulturen angehört. Kultur und damit verbundene Werte entstehen durch das gemeinsame Handeln und unterliegen ständigem Wandel. Das gilt auch für die Sprache. Die Sorge der AfD, die deutsche Sprache werde „im Sinne einer falsch verstandenen ‚Internationalisierung‘ durch das Englische ersetzt“<sup>12</sup>, teilen wir nicht, ebenso wenig die Ablehnung „[p]olitisch ‚korrekte[r]‘ Sprachvorgaben“<sup>13</sup>. Sprache ist nicht nur ein Mittel, eigene Gedanken mit anderen zu teilen, sondern schafft auch Wirklichkeit. Sie kann somit nicht nur ein Ausdruck, sondern eine Form von Diskriminierung sein. Es ist ein Kennzeichen lebendiger Sprachen, Wörter aus anderen Sprachen z.B. als Fremd- oder Lehnwörter und Lehnübersetzungen zu übernehmen, wenn die Sprachverwender\_innen kein geeignetes Wort in der Sprache finden. Dabei wird das Wort in die Grammatik eingefügt und bereichert so die Sprache. Auch ist es Ausdruck veränderter Einstellungen und Ansichten, kurz des Lernens der Sprachverwender\_innen, vermeintlich Bekanntes und Althergebrachtes anders ausdrücken zu wollen und Begriffe zu verwenden, die ihre Einstellungen und ihr Wissen angemessen wiedergeben.

Die AfD propagiert eine zu verteidigende „deutsche Leitkultur“<sup>14</sup>. Die benannten konstituierenden Elemente dieser sogenannten Leitkultur<sup>15</sup> sind ihrerseits Ergebnisse von zum Teil seit Jahrtausenden stattfindenden Aushandlungsprozessen zwischen Menschen, die jeweils eine Vielzahl von Kulturen in diesen Prozess

8 Vgl. Wahlprogramm, S. 57.

9 Grundsatzprogramm, S. 54.

10 Grundsatzprogramm, S. 58.

11 Grundsatzprogramm, S. 47.

12 Grundsatzprogramm, S. 47.

13 Grundsatzprogramm, S. 47.

14 Wahlprogramm, S. 63.

15 Grundsatzprogramm, S. 47.

einbringen. Sie entwickeln sich also ständig weiter und müssen, da sie nicht von äußeren Feinden oder vom Aussterben bedroht sind, nicht verteidigt werden. Wir fördern Zusammenkünfte verschiedener Menschen und ermutigen sie, sich kritisch mit dem Kulturbegriff, eigenen Vorurteilen und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen. Die AfD lässt dies nicht zu, stattdessen zwingt sie allen Menschen gleichermaßen die in ihren Augen ideale Vorstellung von Kultur und Identität auf.

### **Geschlechtergerechtigkeit**

Die AfD nennt in ihrem Bundestagswahlprogramm eine nicht definierte „Gender-Ideologie“ verfassungsfeindlich.<sup>16</sup> Diese marginalisierte naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern, stelle geschlechtliche Identität in Frage und wolle die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Sie behauptet, das Grundgesetz schütze die klassisch verstandene Ehe und Familie als staatstragendes Institut, weil nur dieses das „Staatsvolk“ als Träger der Souveränität hervorbringen könne, und fordert, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiere.<sup>17</sup> Artikel 6 des Grundgesetzes stellt Ehe und Familie unter besonderen Schutz, ohne beides auf bestimmte Personenkonstellationen zu beschränken.

Im Weiteren stellt die AfD eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Schulunterricht in den Raum und spricht sich gegen „staatlich geförderte Umerziehungsprogramme“<sup>18</sup> aus, die sie jedoch nicht benennt. Sie hält damit an einer Vorstellung von Geschlecht fest, die bestehende Ungleichbehandlung, Ausgrenzung und Diskriminierung fortsetzt. Mit ihrer Forderung nach einer „aktivierenden Familienpolitik“<sup>19</sup> zum „Erhalt des eigenen Staatsvolks“<sup>20</sup> zielt sie zudem auf eine Einschränkung der individuellen Entscheidungsfreiheit ab, was wir im Sinne eines humanistischen Menschenbildes ebenso ablehnen wie die mit dem Beharren auf der binären Geschlechterordnung einhergehende Einschränkung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

### **Antirassismus, Antidiskriminierung**

Vertreter\_innen der AfD provozieren immer wieder durch rassistische und diskriminierende Äußerungen. Auch im Grundsatz- und Wahlprogramm sind u.a. islamfeindliche Positionen zu finden. Die AfD bezeichnet Elemente der freien Religionsausübung als „religiösen Imperialismus“ und „Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und andere religiöse Gemeinschaften in der Moderne praktizieren.“<sup>21</sup> Im öffentlichen Raum sind jedoch auch Zeichen anderer Religionen zu finden. So gehören z.B. Kirchen, die nicht nur von Personen christlichen Glaubens als solche zu erkennen sind, und das Läuten der Kirchenglocken selbstverständlich zum Bild von Dörfern und Städten und wie der Muezzin rufen die Kirchenglocken die Menschen zum Gebet.

Die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft bzw. das Bekenntnis zu einer Religion ist einerseits für die meisten Menschen ein Teil ihrer Identität. Eine Religion andererseits ist untrennbar mit dem Handeln der Menschen, die sich zu ihr bekennen, verbunden. Daher ist auch der Islam mit den hier lebenden Muslimen ein Teil der Bundesrepublik Deutschland. Das verneint die AfD, indem sie „gemäßigte Muslime“ anerkennt, den Islam jedoch ablehnt.<sup>22</sup>

### **Politische Bildung**

Vertreter\_innen der AfD bezeichnen die Partei als populistisch, sie provozieren, verallgemeinern, verleumden und gehen bei öffentlichen Auftritten regelmäßig an und über Grenzen, indem sie z.B. politische Begriffe aus dem Nationalsozialismus („Lügenpresse“, „Vollverräter“) verwenden und eine positive Besetzung bzw. Reinterpretation entsprechender Termini fordern („völkisch“<sup>23</sup>).

16 Wahlprogramm, S. 53.

17 Wahlprogramm, S. 53.

18 Wahlprogramm, S. 44.

19 Wahlprogramm, S. 38, S. 49.

20 Wahlprogramm, S. 49.

21 Wahlprogramm, S. 46.

22 Grundsatzprogramm, S. 49.

23 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158049092/Petry-will-den-Begriff-voelkisch-positiv-besetzen.html>;

<https://www.welt.de/geschichte/article158058194/Frauke-Petry-weiss-nicht-was-voelkisch-bedeutet.html>;

<http://www.zeit.de/kultur/2016-09/frauke-petry-afd-voelkisch-volk-begriff-geschichte>

In ihren Grundsatzpapieren baut die Partei Bedrohungsszenarien auf<sup>24</sup> und spielt auf Verschwörungstheorien an.<sup>25</sup> Sie distanziert sich nicht von Positionen der sogenannten Neuen Rechten und zeigt sich gemeinsam mit Pegida und anderen rechtspopulistischen oder rechtsextremen Gruppen. Nicht nur darin zeigt sich die Demokratiefeindlichkeit der AfD.

Das Verhältnis der AfD zur EU und der mitgedachte Austritt<sup>26</sup> widersprechen der Lebenserfahrung der Menschen. Insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene sind die Mobilität und der uneingeschränkte Austausch über Ländergrenzen hinweg selbstverständlich. Ein Austritt würde Einschränkungen persönlicher Freiheiten bedeuten.

Das Bekenntnis zu umfassender Bildung, „die zur Entfaltung der Persönlichkeit sowie zur Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten notwendig ist“, erkennen wir weder im Wahlprogramm noch im Grundsatzprogramm der Partei wieder.<sup>27</sup>

Die Positionen und Ziele der AfD stehen im Widerspruch zu denen der iJGD, die in der Satzung, dem Leitbild und den Arbeitsgrundsätzen formuliert sind. Daher lehnen wir gemeinsame öffentliche Auftritte ab. Wir laden Vertreter\_innen der AfD nicht zu unseren Veranstaltungen ein. Unsere Teilnahme an Veranstaltungen der AfD oder Dritter unter Beteiligung der AfD werden wir im Einzelfall kritisch prüfen. Wir sehen keine Möglichkeit einer Zusammenarbeit. Eine Anerkennung als Einsatzstelle, z.B. im FSJ im politischen Leben / in der Demokratie, ist ausgeschlossen. Einer ernsthaften Debatte politischer und gesellschaftlicher Positionen werden wir uns nicht entziehen.

Wir möchten insbesondere Menschen ab 16 Jahren darin unterstützen, sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinanderzusetzen, um sie zu befähigen, in einer demokratischen Gesellschaft eigenverantwortlich zu handeln und zu entscheiden und somit zu internationaler Verständigung als Grundlage einer Weltfriedensordnung beizutragen.<sup>28</sup> Daher treten wir für die unantastbare Würde aller Menschen in Individualität und Vielfalt ein und stellen uns denen entgegen, die mit der ideologisch motivierten Behauptung einer realitätsfremden Normalität und Homogenität die Anerkennung dieser Diversität ablehnen oder gar verhindern wollen. In diesem Sinne befürworten wir auch den Einsatz unserer Mitglieder, Mitarbeitenden, Freiwilligen und Partner gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

## Quellen:

Grundsatzprogramm: PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND, Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland [[https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf)]

Wahlprogramm: PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND, Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017 [[https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/08/AfD\\_Wahlprogramm\\_2017\\_A5-hoch.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/08/AfD_Wahlprogramm_2017_A5-hoch.pdf)]

---

24 „Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann durch das Mittel der unmittelbaren Demokratie diesen illegalen Zustand beenden.“ (Wahlprogramm, S. 10), „Rechtfertigung der Wehrpflicht ist die Bedrohungslage, die sich in absehbarer Zeit nicht ändern wird.“ (Wahlprogramm, S. 27), „[...] Bedrohung Europas durch Bevölkerungsexplosionen und Migrationsströme [...]“ (Wahlprogramm, S. 39).

25 „Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen.“ (Wahlprogramm, S. 10)

26 Wahlprogramm, S. 10.

27 Wahlprogramm, S. 57.

28 Vgl. Satzung II.3.